Sigrist hält mehr Hochhäuser für nötig, Büchi findet sie für Obwalden unpassend

OBWALDEN Die beiden neuen Kandidaten für die Regierung sind sich etwa beim Hochwasserschutz und in der Spitalfrage nicht einig.

INTERVIEW MARKUS VON ROTZ
UND ADRIAN VENETZ
redaktion@obwaldnerzeitung.ch

Regierung
Für die 5 Sitze kandidieren vier Bisherige (siehe unten) und neu Maya Büchi (FDP) und Albert Sigrist (SVP).

Albert Sigrist, Sie schreiben in Ihrer Wahlzeitung zum Hochwasserschutz, es brauche nun die Solidarität der Bevölkerung. Ob Sie aber für die Vorlage und die Zwecksteuer sind, erfährt man nicht. Stimmen Sie im Kantonsrat dafür?

Albert Sigrist: Ja, sicher. Wir unterstützten schon in der Vernehmlassung die Zwecksteuer auch, obwohl wir lieber eine Lösung mit einem Fonds gehabt hätten. Offenbar kam sie in der Regierung gut an, aber wir waren wohl etwas zu spät mit der Idee.

Könnten Sie eine solche Fonds-Lösung unterstützen?

Maya Büchi: Unsere Partei war von Anfang an nicht Freund der Zwecksteuer. Wir sehen sie noch immer als mögliche Gefahr für die Volksabstimmung an. Wir hatten aber keinen Grund, eine solche Fonds-Lösung zu diskutieren, weil sie nicht aktuell war. Auf jeden Fall ist auch eine Zwecksteuer eine Steuererhöhung. Für die einen etwas weniger, für Sarnen und Sachseln etwas mehr.

Sigrist: Wir waren anfänglich dagegen. Auch beim Bettentrakt hätten wir nie mitgemacht. Aber jetzt ist die Ausgangslage eine andere, weil wir das Eigenkapital nicht zuletzt wegen des Spitals schon ziemlich abgebaut haben. Aber zu einer Steuer, deren Zweck genau bestimmt ist und die der Sicherheit der Bevölkerung dient, muss ich Ja sagen. Und sie ist befristet. Allerdings finden wir, dereinst soll der Kantons- und nicht der Regierungsrat entscheiden können, die Zwecksteuer wieder aufzuheben.

Ist das richtig?

Büchi: Ich erachte es nicht als zwingend, dass der Kantonsrat das macht. Wir hätten genug Möglichkeiten, entsprechend einzuwirken. Aber der Entscheid wäre so breiter abgestützt, das trage ich voll mit.

Die Stollen-Lösung soll die beste sein, sagt die Regierung. Dutzende von Millionen werden in ein Bauwerk investiert, das man nicht mehr sieht. Nicht verrückt?

Sigrist: Wir sind uns ja den Bau solcher Löcher gewohnt, schauen wir uns nur die vielen Tunnel an. Ich hoffe einfach, dass sie es geologisch im Griff haben, nicht so wie beim Tunnel nach Engelberg. Die Fachleute haben uns das versichert. Doch gute Tunnelbauer sagen, man könne nur viel Geld verdienen oder verlieren. Einen Zwischenweg gebe es nicht.

Büchi: Bei solchen Bauwerken berücksichtigt man ja alle möglichen Risiken. Mir ist es lieber, x Millionen in ein Bauwerk zu stecken, das man nicht sieht. Ich bin ohnehin kein Freund von viel Beton, den man sieht. Die Alternative wäre eine Riesenbaustelle durchs Dorf, welche das ganze Gewerbe gefährden könnte. Ich verstehe darum auch die Umweltverbände nicht ganz. Wenn das Projekt fertig ist, wird es mehrheitlich unsichtbar sein, aber es erfüllt den Nutzen.

Dass so ein Projekt nicht mit eigenen Mitteln gestemmt werden kann, leuchtet ein. Doch der Finanzdirektor betont immer, Obwalden könne sich alles leisten, was nötig sei. Gleichzeitig plafoniert man Ausgaben bei Strassenprojekten und zögert Velowege hinaus.

Büchi: Es wäre aus unserer Sicht vertretbar gewesen, in eine gewisse Verschuldung hineinzulaufen oder nur einen Teil via Zwecksteuer zu lösen. Ich teile auf jeden Fall die Meinung, dass wir uns alles leisten können, was nötig ist. Aber es gibt auf jeden Fall Optimierungsmöglichkeiten. Etwa im Strassenbereich. Nirgends auf der Welt gibt es so hohe Anforderungen, und ich weiss nicht, warum wir in jedem Tunnel Luxus-Randsteine haben müssen.

Sigrist: Was heisst: «alles, was nötig ist»? Man müsste sich auch fragen, was denn wirklich nötig ist. Wenn ich Velo-wege höre, spitze ich die Ohren. Wir haben in Giswil einen neuen Veloweg in der Nähe meines Hauses, den nutzen vor allem Autos und Forstwirtschaft.

Büchi: Ich brauche den oft. Der ist super.

Sigrist: Ich kenne die Bedürfnisse des Langsamverkehrs.

Albert Sigrist (SVP) und Maya Büchi (FDP).
Bilder Corinne Glanzmann

Wichtig ist für mich aber vor allem, dass man gut und schnell zur Arbeit gelangt. Und für diesen Weg nutzen die wenigsten das Velo – ohne dass ich deswegen gegen Velowege per se wäre.

Die Steuerstrategie ist für Regierung und Kantonsrat definitiv ein Erfolg. Gleichzeitig nehmen Bedenken wegen steigender Boden- und Wohnungspreise zu. Tickt da eine Zeitbombe?

Büchi: Ich war erstaunt, als ich diese Woche lesen konnte, wie hoch die Quadratmeterpreise in Obwalden sind. Ich bin überrascht, wie schnell wir auf diesem vorderen Platz waren. Die Medaille Wachstum hat sicher auch eine Kehrseite. Wir können nur so schnell und so stark wachsen, wie wir uns auch die Infrastruktur wie Schulhäuser leisten können. Ich begrüsse darum, dass die Regierung in der neuen Langfriststrategie vermehrt auf Qualität statt auf Quantität setzt.

Sigrist: In der Steuerkommission war ich einer der Ersten, die auf dieses Thema aufmerksam machten, als die Linken noch nicht davon sprachen. Ich konnte mir noch ein Haus auf bezahlbarem Boden mit einem normalen Einkommen bauen. Ich kenne Leute, die aus ihrer Wohngemeinde weggezogen sind, weil sie es sich nicht mehr leisten könnten. Das ist bedauerlich, da geht einiges verloren. Ich bedaure, dass das Finanzdepartement sich vehement wehrte und es einen Vorstoss des Kantonsrats brauchte, damit sich die Regierung überhaupt damit auseinandersetzt.

Kann man das überhaupt steuern?

Sigrist: Ich habe das Patentrezept nicht. Das ist sicher schwierig. Ich habe auch Mühe, den Landwirten zu erklären, warum wir immer mehr Boden brauchen. Ich komme beruflich auch vom Bauen her. Eine Möglichkeit sehe ich im verdichteten Bauen mit mehr Hochhäusern. Daran werden wir uns gewöhnen müssen.

Büchi: Ich sähe jetzt nicht unbedingt Hochhäuser. Das würde nicht zu unserer Landschaft als Ferienkanton passen. Aber wir können im Baugesetz noch viel fürs verdichtete Bauen machen. Nur schon ein Stock mehr auf jedes Haus würde viel ausmachen.

Sigrist: Und ausserhalb der Bauzone könnte man noch grosszügiger bauen lassen. Oft wäre der Platz dafür vorhanden, aber die Behörden verbieten schon Zweitwohnungen.

Büchi: In Obwalden wurde und wird viel gebaut. Ich mag der Bauwirtschaft auch diesen Umsatz gönnen, aber die Preise sind nicht so hoch, dass sie gut hätte verdienen können. Das ist das Leidige am Ganzen.

Sigrist: Das hat auch mit der Masseneinwanderung zu tun. Die Holzindustrie holt heute 70 Prozent ihres Holzes aus dem Ausland. Damit kommen ausländische Unternehmer und Angestellte und am Schluss noch Architekten und Bauplaner.

Offenbar drohen doch schlechtere finanzielle Zeiten. Albert Sigrist, Sie verlangen in einem Vorstoss von der Regierung möglichst bald ein so genanntes Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket. Warum jetzt?

Sigrist: Die letzten Jahre haben wir laufend von der Substanz gelebt. Und in der letzten Budgetdebatte haben alle Fraktionen vom Sparen gesprochen, aber ich spüre noch nichts davon. Wir haben sogar darüber diskutiert, das Budget 2014 abzulehnen. Wir müssen handeln. Rundum wird gespart, die Luzerner können sich nicht einmal mehr den Besuch des Sechseläutens leisten.

Büchi: Ich kann nicht abschliessend sagen, ob dieser Vorstoss richtig ist. Aber es ist sicher wichtig, das vertieft anzuschauen. Wir müssen zu unseren Finanzen Sorge tragen und dürfen nicht Geld verschwenden. Sicher haben wir auch Geld ausgegeben, wo es nicht unbedingt nötig war. Wenn man eine Leistung bestellt, muss man bereit sein zu zahlen, sonst muss man die Ansprüche reduzieren.

Wo wurde Geld verschwendet?

Büchi: Beispielsweise beim Spital. Ich bin mir nicht so sicher, ob dieser teure Bettentrakt wirklich nötig war. Wir haben die gleichen teuren Geräte, die es auch in 20 Minuten Entfernung von Sarnen gäbe. Da liesse sich sicher viel Geld sparen – als ein Beispiel.

Sigrist: Da bin ich klar anderer Meinung. Die Kosten für auswärtige Behandlungen sind teurer und steigen laufend. Würden wir das Spital schliessen und alle Leistungen extern einkaufen, müssten wir die entsprechenden Tarife schlucken. Die Kosten würden damit noch um einige Millionen steigen. Wir müssen diesen Weg gehen, sonst haben wir es nicht mehr selber im Griff. Ich hoffe einfach, dass wir hier Nischen finden. Gesundheit ist weltweit ein Riesengeschäft. Ich sah in Afghanistan schwer verletzte Kriegsgefangene aus reichen Familien, die es sich leisten könnten, sich im Ausland, beispielsweise bei uns, behandeln zu lassen. Wir gelten als neutrales Land, als sehr zuverlässig und haben einen sehr guten Ruf.

Büchi: Abschaffen möchte ich das Kantonsspital in Sarnen natürlich auch nicht. Sicher ist es richtig, Nischen zu suchen.

Nischen sind das eine, Zusammenarbeit das andere. Nidwalden hat fast keine mehr mit Obwalden, verlobt sich anderseits mit Luzern. Schwimmen uns nicht die Felle weg?

Büchi: Das kann auch eine Chance sein, weil man aus einer Not heraus meistens kreativer ist als in einer komfortablen «Wohnzone». Ob Albert Sigrists Idee wirklich innovativ ist und demnach auch Wertschöpfung generieren könnte, kann sich erst nach einer gewissen Zeit zeigen.

Sigrist: Ich teile diese Angst nicht. Ich ziehe eine Parallele zur EU: Die Schweiz muss sich auch an andere Partner als nur an europäische Länder anlehnen. Das gilt auch fürs Spitalwesen: Wir haben ja noch einen grossen Kanton ennet dem Brünig oder das Inselspital in Bern. Wir könnten auch mal mit den Bernern reden. Wenn wir selbstständig bleiben, können wir auch selbstständiger etwas entwickeln.

Ich möchte zu einem anderen teuren Bauwerk kommen: A-8-Tunnel Kaiserstuhl. Sind 300 Millionen Franken dafür richtig eingesetzt?

Büchi: Grossflächig betrachtet, ist der Tunnel sicher eine Bereicherung. Er kann wegen Mehrverkehr ein Risiko für die Wohnattraktivität sein, wirtschaftlich gesehen ist er aber sicher eine Chance. Sehr schade fände ich es, wenn man den attraktiven Brünigpass mit einem Scheiteltunnel links liegen liesse. Ich gehe aber davon aus, dass er über kurz oder lang kommen wird.

Albert Sigrist, würden Sie dagegen kämpfen?

Sigrist: Ich glaube nicht, dass der Tunnel kommt. Aber die Frage der Opposition stellt sich für mich gar nicht. Das ist so weit weg. Hätte man einen Scheiteltunnel bauen wollen, hätte man nicht erst den Giswiler und den Lungerer Tunnel bauen dürfen. Den Kaiserstuhl-Tunnel aber braucht es. Als Pendler bin ich um jeden Tunnelmeter froh, weil die Strasse sicherer ist. Und der Berg darüber lebt, irgendwann rutscht der Wald ab. Ich kann die Lungerer gut verstehen, dass sie den sicheren Tunnel wollen. Da hat die FDP mit ihrer Gegnerschaft ein Eigengoal geschossen.

Büchi: Überhaupt nicht. Wir wollten die Forderung verankern, dass die Umsetzung des zweckmässigen Ausbaus des Strassennetzes nicht zur Förderung des Transitverkehrs führt. Über diesen Tunnel haben wir dabei nie gesprochen. Uns geht es ums Prinzip. Auch ein Ausbau der A 8 am Wichelsee könnte mehr Transitverkehr bringen, und das wollen wir nicht. Der Tunnel Kaiserstuhl wäre wohl die logische Folge dessen, was wir schon an Tunneln haben. Die Frage stellt sich, ob es dem Kanton Wertschöpfung bringt.

«Aufgaben sind enorm spannend»

NIKLAUS BLEIKER Trotz grossen Herausforderungen sei der Kanton Obwalden gut unterwegs, findet der Volkswirtschaftsdirektor. Unlösbare Probleme gibt es für ihn nicht.

Wo steht der Kanton Obwalden heute?

Niklaus Bleiker: Dem Kanton geht es sehr gut. Natürlich: Wie alle anderen Kantone müssen auch wir schauen, dass wir über die Runden kommen. Doch in früheren Jahren haben wir zum Glück Reserven schaffen können. Das erlaubt uns, auch künftig ausgeglichene Rechnungen präsentieren zu können, ohne an den Steuern zu schrauben. Und: Obwalden ist seit Jahren Spitzenreiter, was die Arbeitslosenquote betrifft.

«Ich bin sehr optimistisch, dass wir weiterhin gute Arbeit leisten können.»

Welche Probleme kommen auf den Kanton und auch auf Sie in den nächsten Jahren zu?

Bleiker: Wenn es Probleme gäbe, die mir unlösbar erschienen, würde ich nicht mehr zur Wahl antreten. Ich bin sehr optimistisch, dass wir weiterhin gute Arbeit leisten können. Respekt habe ich vor der Aufgabe, all die vielen Ansprucshaltungen unter einen Hut zu bringen. Beispiel: Jede Gemeinde will Land einzonen. Doch die Landwirtschaft sagt – zu Recht –, dass wir Kulturland schützen müssen.

Mit welchem Rezept wollen Sie reagieren?

Bleiker: Es muss uns gelingen, mit dem Wachstum etwas runterzufahren. Es geht darum, «organisch» weiterzuwachsen. Der Kanton muss nicht auf Teufel komm raus möglichst bald 40 000 Einwohner haben.

Kann man auch mit qualitativem Wachstum die sinkenden NFA-Beiträge wettmachen?

Bleiker: Wir sind der Meinung: ja. Niemand von uns kann in die Zukunft blicken und mit Sicherheit sagen, dass die Rechnung aufgeht. Aber bis jetzt stellen wir fest, dass wir gut unterwegs sind.

Was tut der Kanton gegen steigende Miet- und Bodenpreise?

Bleiker: Der Druck im Mietwohnungsbereich ist gar nicht so gross, wie man immer meint. Man findet immer noch genügend bezahlbare Wohnungen in Obwalden. Natürlich verfolgt der Regierungsrat die Situation genau. Wir wollen künftig nicht so aggressiv fahren, dass Einheimische plötzlich keine Möglichkeit mehr haben, zahlbares Grundeigentum zu erwerben.

Wo lagen die grossen Herausforderungen in den vergangenen vier Jahren?

Bleiker: Dazu gehörte natürlich der Aufbau der Obwalden Tourismus AG. Ich finde, wir haben das gut gemeistert. Derzeit werden die Leistungsvereinbarungen mit den Gemeinden abgeschlossen. Die Hoteliers, Gastronomen und Ferienwohnungsbesitzer sehen den Sinn des Tourismusgesetzes. Leider nicht ins Boot holen konnten wir bisher viele ausserkantonale Zweitwohnungsbesitzer, die bei den vielen Diskussionen ausgeschlossen waren. Es wird eine Herausforderung sein, auch ihnen den Nutzen von Obwalden Tourismus aufzeigen zu können.

Im Amtsblatt fallen die vielen Konkursmeldungen auf – macht Ihnen das Sorgen?

Bleiker: Obwalden hat heute rund 1000 Firmen mehr als vor 5 Jahren. Also gibt es zwangsläufig auch mehr Konkurse. Aber der Kanton wird hier genau hinschauen: Was können wir machen, damit wir keine Firmen anlocken, die uns in ein Reputationsrisiko bringen? An einem runden Tisch wurden bereits Richtlinien erarbeitet. Briefkastenfirmen bringen zwar Steuern und kosten den Kanton nichts. Aber darauf sind wir nicht scharf.

Wie bleibt man als Regierungsrat motiviert?

Bleiker: Wenn ich mich motivieren müsste, würde ich nicht mehr antreten. Die Aufgaben sind vielfältig und enorm spannend – auch wenn die Arbeitsbelastung hoch ist. Ich glaube, ich könnte das machen, bis ich 80 bin. (lacht)

ZUR PERSON

Niklaus Bleiker (CVP) wurde im Dezember 60-jährig. Er ist seit 2004 als Volkswirtschaftsdirektor in der Regierung. In den Amtsjahren 2008/09 und 2011/12 war er Landammann. Bleiker wohnt in Alpnach, ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Früher war er Leiter der Raiffeisenbank Alpnach-Kerns-Sarnen und Verwaltungsrat in der Raiffeisen-Gruppe Schweiz. 1982 bis 1996 sass er im Gemeinderat Alpnach, 1990 bis 1996 als Gemeindepräsident.

«Schritt für Schritt vorwärtsmachen»

FRANZ ENDERLI Ob Bruder Klaus oder Frühfranzösisch: Der Bildungs- und Kulturdirektor freut sich auf die kommenden Herausforderungen.

Wo steht der Kanton Obwalden heute?

Franz Enderli: Ich habe den Eindruck, dass der Kanton sehr gut aufgestellt ist. Vor allem im Vergleich zu früher. Man merkt, dass sich etwas verändert hat.

Spüren Sie das nur in der Verwaltung oder auch in der Bevölkerung?

Enderli: Die Aufbruchstimmung ist auch in der Bevölkerung zu spüren. Man tritt selbstbewusster auf und zeigt innovatives Handeln.

«Unsere Kanti kann sich sehen lassen.»

Welche Herausforderungen stehen bevor?

Enderli: Da denke ich vor allem an den Umgang mit dem Raum, der uns zur Verfügung steht. Themen wie Raumplanung, Landschaftsbild, Kulturlandverlust werden den Kanton künftig stark beschäftigen, da stehen uns grosse Herausforderungen bevor. Fakt ist: Wenn das Wachstum so weitergeht wie bisher, wird es grössere Probleme geben. Genau deshalb müssen wir nun qualitativ wachsen statt quantitativ.

Welche Hürden warten in Ihrem Departement auf Sie?

Enderli: Beschäftigen wird uns der Lehrplan 21. Hier ist es wichtig, dass wir – gemeinsam mit anderen Kantonen – Schritt für Schritt vorwärtsmachen. Das Schulsystem wird damit aber nicht auf den Kopf gestellt. Im Kulturbereich steht natürlich das grosse Jubiläum «600 Jahre Bruder Klaus» im Jahr 2017 an. Ganz allgemein müssen wir uns künftig Gedanken machen zum Umgang mit unserem Kulturgut. Wir haben hervorragende Institutionen wie die Museen in Sarnen, Sachseln, Engelberg. Auch der Kanton hat eine grosse Kunstsammlung. Wir müssen uns fragen, wie wir diese Kunstschätze künftig bewirtschaften. Da stehen sicher einige Weichenstellungen an.

Im Kantonsrat stand jüngst die Qualität der Kantonsschule zur Diskussion. Wie ist da der Stand der Dinge?

Enderli: Unsere Kanti kann sich sehen lassen und steht im schweizerischen Vergleich gut da. Wir haben nun zum ersten Mal in der Geschichte der Kantonsschule eine externe Evaluation machen lassen. Dieser Bericht liegt nun vor. Er zeigt die Stärken und Schwächen der Schule auf. Die Resultate des Berichts fliessen nun ins mehrjährige Schulprogramm ein.

Wo liegen die Stärken und Schwächen der Kanti Obwalden?

Enderli: Die Kantonsschule ist klein und überschaubar, sie hat eine gute Infrastruktur und ein gutes Angebot. Natürlich kann ein grosses Gymnasium mehr anbieten. Unsere Kanti hat vor zwei Jahren eine effiziente und gute Führungsstruktur erhalten. Gravierende Schwächen sind in der Kantonsschule nicht auszumachen. Probleme gibt es vereinzelt – aber in einem Ausmass, wie es in jeder anderen Schule auch vorkommt.

Was hat Ihnen in den vergangenen vier Jahren Bauchweh gemacht?

Enderli: Beschäftigt haben mich sicher die vielen Diskussionen rund um den Sprachunterricht. Als die Obwaldner Regierung entschieden hat, Italienisch als Schwerpunktfach zu streichen, habe ich ein bisschen den «Grind» hinhalten müssen für andere Kantone, die Ähnliches im Sinn haben. Auch das Frühfranzösisch in der Primarschule gab und gibt viel zu reden. Diese Diskussionen sind noch nicht beendet und werden mich weiterhin beschäftigen. Ich werde national und interkantonal meinen Standpunkt einbringen können. Was ich nicht möchte, sind Insellösungen. Der historisch gewachsene Föderalismus im Bildungsbereich lässt den Kantonen viele Freiheiten. Trotzdem ist es wichtig, hier gewisse Harmonisierungen anzustreben.

ZUR PERSON

Franz Enderli (CSP) wurde 2009 in die Obwaldner Regierung gewählt. Seither führt er das Bildungs- und Kulturdepartement. 1999 bis 2009 sass der diplomierte Theologe und Mittelschullehrer im Kantonsrat. Während vier Jahren war er Fraktionschef der CSP. Der 59-jährige Enderli wohnt in Kerns, ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern. Bei der Gesamterneuerungswahl vor vier Jahren erzielte er hinter Hans Wallimann (CVP) das zweitbeste Ergebnis.

«Grosse Dossiers schnell erfassen»

PAUL FEDERER Der Hochwasserschutz bleibt ein zentrales Thema auf dem Tisch des Baudirektors. Grosses Lob spricht Paul Federer seinen Mitarbeitern aus.

Wo steht der Kanton Obwalden heute?

Paul Federer: Im Zusammenhang mit der Analyse der Langfriststrategie 2012+ hat sich gezeigt, dass sich der Kanton Obwalden in den letzten 10 Jahren gewaltig weiterentwickelt hat. Die Steuerstrategie hat dabei das Fundament gebracht, aus dem viel Neues entstanden ist.

Welches waren die grössten Herausforderungen in den vergangenen 4 Jahren?

Federer: Da sind wir natürlich beim Thema Hochwasserschutz. Was mich oft belastet hat, ist die Tatsache, dass ein solches Grossprojekt enorm viel Zeit braucht. Ich musste lernen, damit umzugehen, dass es etwas länger geht, als man es gerne hätte. Von geologischen Fragen über Umweltauflagen und Gewässerschutz bis hin zu Deponiefragen – die Komplexität ist enorm.

«Im Haus des Waldes an der Flüelistrasse wird viel gelacht.»

Kann man sagen: Das Gröbste ist durch?

Federer: Das Gröbste ist durch, wenn der Volksentscheid Ende September 2014 zur Sarneraa mit Stollen Ost positiv ausfällt. Es ist immer gefährlich, solche Volksentscheide zu unterschätzen. Es ist sehr wichtig, dass der Regierungsrat dem Parlament und dem Stimmvolk aufzeigen kann, weshalb der Stollen Ost die beste Lösung ist und weshalb es dazu eine Zwecksteuer braucht.

Auch im Strassenbau steht der Kanton vor weiteren Herausforderungen. Ein Thema ist beispielsweise der Tunnel Kaiserstuhl …

Federer: Die Regierung hat entschieden, gemeinsam mit dem Bund nochmals genau hinzuschauen: Gibt es für dieses Strassenstück eventuell auch andere Lösungen statt des Baus eines 300-Millionen-Tunnels? Absolut berechtigt ist aber das Anliegen der Lungerer, eine sichere Verbindung Richtung Norden zu haben. Beim Astra läuft derzeit eine Zweckmässigkeitsstudie «Passstrasse Brünig» – diese Studie wird sicher einige neue Erkenntnisse liefern.

In Ihrem Departement sind riesige Projekte gewachsen: Hochwasserschutz, Neubau Kanti, Tunnelbauten, Schutzwald, Bettentrakt … Wie behält der Chef den Überblick?

Federer: Ich denke, das ist eine meiner Stärken. Ich kann grosse Dossiers schnell erfassen und mir rasch einen guten Überblick verschaffen. Zudem bin ich entscheidungsfreudig. Es stimmt schon: Im Baudepartement läuft enorm viel. Früher dachte ich, dass man als Mitarbeiter in der Verwaltung alles ein bisschen lockerer nehmen kann als in der Privatwirtschaft. Heute stelle ich fest: Auch hier wird den Leuten enorm viel abverlangt.

Was sind Herausforderungen in den nächsten Jahren – abgesehen vom Hochwasserschutz?

Federer: Die Sanierung des Polizeigebäudes ist sicher ein grosses Thema. Das Haus genügt den heutigen Ansprüchen einfach nicht mehr – logistisch und auch energetisch. Weiter wird uns das neue Logistikzentrum für den Zivilschutz in Kägiswil beschäftigen. Ganz allgemein wird uns das Thema Raumplanung künftig noch viel mehr beschäftigen als bisher. Und gemäss Langfriststrategie 2022+ wird die Landschaft und deren Qualität in Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen sein.

Kurz vor dem Rücktritt Ihres Vorgängers im Baudepartement hörte man oft, es herrsche dort eine schlechte Stimmung. Und heute?

Federer: Wir haben ein sehr gutes Team und ein gutes Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Haus des Waldes an der Flüelistrasse wird viel gelacht. Einfach deshalb, weil alle motiviert sind und Spass an ihrer Arbeit haben.

ZUR PERSON

Der 63-jährige Paul Federer (FDP) ist seit 2010 in der Regierung. Der Landammann und Baudirektor ist derzeit der «amtsjüngste» Regierungsrat, gleichzeitig aber auch der älteste im Fünfergremium. Der diplomierte Ingenieur war früher Leiter des Werks Sarnen von Sika Sarnafil. Federer wohnt in Sarnen, ist verheiratet, kinderlos. Er präsidierte die FDP Sarnen von 2001 bis 2005. 2002 wurde er in den Gemeinderat und 2008 in stiller Wahl zum Gemeindepräsidenten gewählt.

«Eigenständigkeit ist erstrebenswert»

HANS WALLIMANN Der Finanz- und Gesundheitsdirektor ist von der Zukunft des Spitals in Sarnen überzeugt und hat keine Mühe, nochmals vier Jahre anzuhängen.

Wie lautet Ihre Diagnose: Wo steht der Kanton Obwalden heute insgesamt?

Hans Wallimann: Wenn ich zurückschaue auf den Start der ersten Langfriststrategie, würde ich es so formulieren: Damals kränkelte Obwalden als Patient. Heute aber reden wir nicht mehr von einem Patienten, sondern von einem Kanton, der im Vergleich gesund und fit ist. Ich denke etwa an die damals hohe Steuerbelastung. Und heute sind wir steuerattraktiv für Firmen und natürliche Personen. Damals hatten wir über 95 Millionen Franken Schulden, heute noch immer ein Nettovermögen. Oder man denke an den öffentlichen Verkehr. Vor einigen Jahren noch war es in den Zügen sehr eng, heute verfügen wir über modernes Rollmaterial, an welchem wir Freude haben dürfen. Und das Fahrplanangebot ist bedarfsgerecht. Auch die übrige Infrastruktur darf sich sehen lassen. Ich denke ans Berufsbildungszentrum oder an die Kantonsschule und nicht zuletzt auch an die Dorfumfahrungen.

«Wir dürfen uns kostenmässig mit anderen vergleichbaren Spitälern im Wettbewerb zeigen.»

Das Nidwaldner Kantonsspital richtet sich mehr und mehr nach Luzern aus, Zusammenarbeitsfelder mit Sarnen werden aufgelöst: Hat der Kanton die falsche Strategie gewählt, oder muss man jetzt über die Bücher?

Wallimann: Um noch einmal das Bild von der Diagnose zu brauchen: Anfang 2000 sprach man davon, der Standort Sarnen habe keine Zukunft mehr. Ich meine, dass wir heute eine ganz andere Ausgangslage haben – dank dem neuen Bettentrakt und der für uns bezahlbaren Grundversorgung. Wir dürfen uns kostenmässig mit anderen vergleichbaren Spitälern im Wettbewerb zeigen. Nein, wir haben absolut nicht die falsche Strategie gewählt, sondern es ist für Obwalden ein sehr grosses Plus, dass wir die Grundversorgung weiterhin in Sarnen haben. Diese können wir mit dem Bettentrakt festigen. Wir arbeiten weiterhin mit Nidwalden zusammen, doch tun wir das in vielem auch sehr gut mit Luzern. Diese Zusammenarbeit mit dem Zentrumsspital wollen wir aufrechterhalten, pflegen und intensivieren und dabei das Belegarztmodell vermehrt umsetzen. Wir bieten die Grundversorgung an und arbeiten etwa in der Radiologie mit Spezialisten zusammen, die von Luzern aus live Patienten in Sarnen beurteilen können. Das spart Wege und Kosten, und wir bringen den Patienten erst dann ins Zentrumsspital, wenn es zwingend ist. Für mich ist das ein Zukunftsmodell. Daneben wollen wir weiter bei der gemeinsamen Psychiatrie mit Nidwalden zusammenarbeiten.

Die Steuerstrategie hat so weit gegriffen, doch es fehlen Jahr für Jahr mehr Millionen vom Bund, die der Kanton kompensieren muss. Geht diese Rechnung langfristig aus Ihrer Sicht wirklich auf?

Wallimann: Für uns als Kanton hat die Eigenständigkeit absolute Priorität. Sie ist erstrebenswert und lohnend, weil man so nicht nur zur Manipuliermasse wird. Ich bin überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben ein ganz anderes Steuerpotenzial als früher, auch wenn wir noch nicht dort sind, wo wir hinwollen. Auch wenn wir nun mehr auf Qualität statt Quantität setzen und das Wachstum nicht mehr so rasant sein dürfte, ist der Weg richtig.

Wie motivieren Sie sich nach 15 Jahren als Regierungsrat und mit 61 Jahren, weitere vier Jahre anzuhängen?

Wallimann: Die Aufgaben als Regierungsrat machen mir Spass, und ich mache sie gerne, weil ich den Kanton Obwalden gerne habe. Das ist meine Motivation.

ZUR PERSON

Hans Wallimann, CVP, gehört der Obwaldner Regierung seit 1999 an. Er ist damit der Amtsälteste in der Regierung. Wallimann wird just heute 61 Jahre alt. Er steht dem kantonalen Finanzdepartement vor, zu dem auch das Gesundheitswesen gehört. Der ausgebildete Agroingenieur HTL wohnt in Giswil, ist verheiratet und Vater von drei erwachsenen Kindern. Er war damals nach Abschaffung der Landsgemeinde der erste an der Urne gewählte Regierungsrat.